Nr. 2847. Mittwoch, 8 Februar. (Morgen-Ausgabe.) 1865.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Ilgen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 7. Februar, 7½ Uhr Abends.

Berlin, 7. Januar. Die feudale „Zeidler'sche Correspondenz" bemerkt zu den österreichisch-preußischen Zollverhandlungen: Außer der Differenz bezüglich des Weinzolls besteht noch eine zweite über Eisenzölle. Im Laufe der Woche findet wieder eine Conferenzsitzung statt. Ferner meldet die Correspondenz: Verschiedenen Anzeichen zufolge lege Frankreich jetzt weniger Gewicht auf die nationale Seite der Herzogthümerfrage als früher auf der Londoner Conferenz.

Angekommen 7. Februar, 6 Uhr Abends.

Berlin, 7. Februar. Der Gemeinde-Commission beantragt die Petitionen der Stadtverordneten Königsbergs, ferner der Rechtsanwälte Molldänke, Reich in Wehlau und Podlech in Bartenstein betreffs der Aufforderung des Ostpreußischen Tribunals an die Rechtsanwälte Jacobs, Stelter, Tamnau in Königsberg und an die Genannten zur Nachsuchung einer Genehmigung für Uebernahme eines Amtes als Stadtverordneter, einstimmig der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen.

Die Petitions-Commission hat die Petitionen der Dissidenten, besonders über das von ihnen gewünschte Corporationsrecht und um Aufhebung der Beschränkung des Vereinsgesetzes materiell durchberathen und sich die Feststellung einzelner Anträge vorbehalten.

Turin, 7. Februar. Die Stadtbehörde hat einstimmig beschlossen, eine Adresse an den König zu richten. (Wiederholt.)

Angekommen 7. Februar, 7 Uhr Abends.

London, 7. Januar. Die bei Eröffnung des Parlaments gehaltene Thronrede erwähnt, daß die Verhandlungen Oesterreichs und Preußens mit Dänemark durch den Friedenstractat geschlossen seien. — Die Mittheilungen der fremden Mächte an die Königin gewähren die wohlbegründete Hoffnung, daß keine abermalige Friedensstörung Europas zu befürchten stehe. Sie bedauert die Fortdauer des Krieges in Amerika, England werde unverändert neutral bleiben und würde sich über eine friedliche Ausgleichung freuen. Die Beziehungen zu Japan seien freundlich. — Die Königin genehmigt die Union mit Canada, und freut sich der Ruhe in Indien. — Die Finanzen des britischen Reiches und die allgemeine Lage der Landesangelegenheiten seien befriedigend.

New-York, 28. Jan. Blair ist nach Washington zurückgekehrt; seine Mission ist gescheitert, da Davis als Basis der Unterhandlungen die Unabhängigkeit des Südens gefordert. Der Senat autorisirte die Ausgabe von 200 Mill. Schatzscheinen. — Sherman marschirt auf Augusta. — Die Journale von St. Franzisko bestätigen die Abtretung mehrerer mexikanischen Provinzen an Napoleon als Pfand für die französischen Forderungen; Givin sei zum Gouverneur derselben ernannt.

Angekommen den 7. Febr., 9½ Uhr Abends.

Paris, 7. Februar. Die „France" schreibt: Der Staatsrath hat den Bischof Moulins und Erzbischof von Besançon des Mißbrauchs der Amtsgewalt für schuldig erklärt. Der Minister Drouyn machte dem Nuntius energische Vorstellungen wegen des Glückwunschschreibens an den Bischof von Poitiers. — Der Abendmoniteur dementirt das Gerücht von einer Abtretung von Provinzen Mexikos an Frankreich.

Berlin, 6. Februar. Es stellt sich die Gewißheit, daß eine Verständigung zwischen dem Zollverein und Oesterreich in Betreff der jetzt hier stattfindenden Verhandlungen in Zollsachen erzielt werden wird, immer mehr heraus. Herr v. Hock ist nicht abgereist. Heute hat wieder eine Conferenz-Sitzung stattgefunden. Allerdings hatten sich in Bezug auf die Feststellung der Zölle für österreichische Weine beim Eingange in den Zollverein Meinungs-Verschiedenheiten kundgegeben. Der österreichische Bevollmächtigte verlangte, daß die österreichischen Weine nach ihrer Qualität besteuert werden sollen, wobei sich eine solche Herabsetzung des Weinzolles ergeben würde, daß er niedriger zu stehen kommen würde, als der Eingangszoll für französische Weine. Gegen die österreichischen Propositionen erklärten sich die Bevollmächtigten des Zollvereins zunächst principiell, da es Grundsatz im Zollverein ist, Werthzölle nicht gelten zu lassen. Alsdann erscheint die Durchführung eines Werthzolles für Weine sehr precair, da jedem Zollamte ein Weinkenner beigegeben werden müßte. Schon gegen die Herabsetzung des Zolles auf französische Weine erklärten sich die süddeutschen Weinzüchter mit großer Entschiedenheit und es mußte vorausgesetzt werden, daß eine weitere Ermäßigung der Weinzölle den größten Widerspruch bei ihnen hervorrufen würde, besonders da die Vergünstigung, welche den österreichischen Weinen zu Theil würde, auch nach dem deutsch-französischen Zoll- und Handelsvertrag für die französischen Weine beansprucht werden kann. Bayern, welches sich als Vertreter der süddeutschen Interessen gern ansieht, erklärte sich mit Bestimmtheit gegen die österreichischen Vorschläge. Osterreich scheint seine Forderungen nun modificirt zu haben.

— Die großen Fractionen des Abgeordnetenhauses hielten gestern Abend Sitzung. Die Fortschrittspartei, welche in das Caffé Boulevard (Potsdamer Straße) übergesiedelt ist, da sich der bisher benutzte Saal des Hotel de Hambourg als unzureichend erwiesen, wird über einen Antrag des Abgeordneten Möller, in Bezug auf die Uebernahme der Schulden der Stadt Königsberg durch den Staat, dann aber auch über die Principien-Fragen debattiren, welche in den letzten Berathungen der Finanz- und Handels-Commission aus Anlaß der Anleihe und Garantien für Eisenbahnen zur Sprache gekommen sind.

— (K. H. Z.) Gegenüber der von conservativer Seite zum Beweis, daß in der Militärfrage die Regierung unmöglich auf die Forderung der zweijährigen Dienstzeit eingehen könne, immer erneut erhobenen Behauptung, daß die gegenwärtig bei der Armee factisch eingeführte zweijährige Ausbildungsperiode spätestens im Herbst 1866 mit dem bis dahin erwirkten vollen Reservestande wieder durch einen regelmäßigen dreijährigen Ausbildungsturnus ersetzt werden würde, ergiebt die einfache Berechnung der jährlich bei den einzelnen Truppentheilen zur Ausbildung gelangenden Rekrutenquote, daß es sich vielmehr bei der erwähnten Maßregel um eine durch die Gewalt der Umstände der Regierung abgezwungene Concession handelt und wie wenig sich die Letztere in der Lage befindet, ohne den Friedensstand der Armee selbst bedeutend zu erhöhen, je wieder zu der dreijährigen Dienstzeit zurückkehren. Bei der Friedensstärke der preußischen Bataillone von 526 Mann, darunter 120 Unteroffiziere und Capitulanten, und einer dreijährigen Ausbildungsperiode beträgt nämlich diese Quote jährlich pro Bataillon nur 140 Mann, was bei zwei Reservejahrgängen nur 700 und auch bei vier nur 980 Mann betragen würde, während die Kriegsstärke der Bataillone sich auf 1902 Mann normirt findet. Diese Stärke wird also selbst bei der von der neuen Armee-Organisation bestimmten Umwandlung der beiden jüngsten Landwehr-Jahrgänge in Reserve-Jahrgänge nicht erreicht werden und da außerdem von jenen 980 Mann bei Einnahme des Kriegsfußes einmal rund 150 bis 200 Mann zur Bildung der aufzustellenden Ersatz-Bataillone noch abgehen, andererseits bei dieser Ziffer aber auch der auf mindestens 4 Procent zu veranschlagende Ausfall durch Tod, Invalidität, Auswanderung 2c. noch nicht in Abrechnung gebracht ist, so kann die bei den bezeichneten beiden Grundbedingungen factisch zu erreichende höchste Kriegsstärke sicher pro Bataillon nur auf nicht viel 800 Mann angenommen werden. Um dem abzuhelfen, bleiben aber nur zwei Auswege übrig, nämlich entweder die Friedensstärke der Bataillone höher als jetzt zu normiren, oder, was zur Zeit ja auch schon geschehen ist, die zweijährige Ausbildungsperiode an die Stelle der dreijährigen treten zu lassen. Der erste Ausweg verbietet sich unter den obwaltenden Verhältnissen von selbst, bei dem zweiten hingegen stellen sich die Zahlenansätze folgendermaßen: jährliche Rekruten-Einstellung pro Bataillon 210 Mann, auf fünf Jahrgänge also würde der vorhandene Mannschaftsstand eines solchen 1050, auf sechs 1260, auf sieben 1470 Köpfe betragen. Es würde damit also selbst bei nur drei Reserve-Jahrgängen ein beträchtlicher Ueberschuß an Mannschaft über den erforderlichen Bedarf gewonnen sein, wogegen ein erneutes Zurückgreifen auf den dreijährigen Ausbildungsmodus immer und unter allen Umständen nur das Resultat herbeiführen würde, die Armee bei Einnahme des Kriegsfußes mindestens um ein volles Sechstel, wo nicht ein Fünftel unter der für dieselbe angesetzten Kriegsstärke formiren zu müssen, was sicher im Ernst niemals in der Absicht der Regierung liegen wird. Der Boden zu einer Ausgleichung mit der Kammer in der Militärfrage wäre somit durch die factische Sachlage unbedingt gegeben und es sind wohl nur prinzipielle Bedenken, welche die Regierung denselben zu beschreiten abhalten. In wie fern Aussicht vorhanden sein dürfte, auch diese mit der Zeit schwinden zu sehen, muß nach den letzten schlechterdings verneinenden Aeußerungen der Minister freilich dahingestellt bleiben. Ganz abnorm würde sich übrigens bei dem Beibehalt der jetzt thatsächlich bestehenden zweijährigen Ausbildungsperiode das künftige Stärkeverhältniß der Landwehr gestalten. Es bleiben nämlich für das erste Aufgebot derselben bei vier Reserve-Jahrgängen zwar nur fünf Jahrgänge übrig; allein es sind zu 243 Garde- und Linien-Bataillonen nur 116 Landwehr-Bataillone vorhanden, so daß bei den 72 Garde- und Grenadier- und eigentlichen Linien-Regimentern immer zwei Bataillone derselben, und bei den 9 Füsilier-Regimentern sogar 3 Bataillone auf 1 Landwehr-Bataillon kommen. Der Mannschaftsstand jedes der letzteren würde demnach auf 1600 resp. 2400 Mann anschwellen, was unter Abzug von 10 bis 12 Prozent Ausfall noch immer für die nur vorhandene Cadreszahl einen so bedeutenden Mannschaftsüberschuß ergiebt, daß sich dadurch entweder eine Vermehrung der Landwehr-Cadres oder eine Verkürzung der Landwehr-Verpflichtung ganz von selber gebietet.

— (Sp. Ztg.) Die Petition der Stadtverordnetenversammlung auf Abschaffung des Rechtes der Regierung zur Bestätigung der Mitglieder des Magistrates ist dem Magistrate zugegangen, um dieselbe an das Abgeordnetenhaus zu befördern und hat hierbei im Collegio eine eingehende Erörterung stattgefunden. Die Stadtverordneten hatten keinen Antrag auf Beitritt, sondern nur auf weitere Uebersendung gestellt, inzwischen soll das Collegium doch der Ansicht gewesen sein, daß diese wichtige Angelegenheit nicht mit Stillschweigen übergangen werden konnte, sondern daß auch seine Ansicht festgestellt werden müsse. Der Magistrat soll denn auch beschlossen haben, die Petition zwar weiter zu befördern, aber derselben in keiner Weise beizutreten.

— Der Hauptmann Schmieden, 8. Brandenb. Inf.-Regts. Nr. 64, ist wegen seines tapfern Verhaltens vor dem Feinde in den Adelstand erhoben.

Stettin, 5. Februar. Die Vorbereitungen und Anmeldungen zu der hiesigen Thierschau und landwirthschaftlichen Ausstellung schreiten rüstig vorwärts. Zu der vom Ministerio gestatteten Lotterie sind bereits 60,000 Loose à 10 Sgr. in Vertrieb gebracht. Wenn die Kosten der Ausstellung auch schon durch den Ertrag der Lotterie, sowie durch die bedeutenden Staats-, Provinzial- und Stadtzuschüsse hinreichend gedeckt sein dürften, so sind doch zu noch größerer Sicherung des Unternehmens von den Grundbesitzern der Provinz bereits 16,000 Rp. Garantien für etwa mögliche Ausfälle gezeichnet.

Tempelburg, 3. Februar. (Pomm. Ztg.) Mit Bezug auf die in der „N. St. Z." enthaltene Behauptung, daß der von der K. Regierung zu Cöslin als Rathmann für Tempelburg bestätigte Lohgerbermeister Lorenz aus voller Ueberzeugung die Fortschritts-Partei verlassen und sich der conservativen Partei angeschlossen, habe ich einfach darauf zu verweisen, daß von einer Aenderung der politischen Gesinnung des Lorenz hier durchaus nichts bekannt ist und daß namentlich der Letztere selbst bisher eine Erklärung in diesem Sinne keinesweges abgegeben hat. Derselbe gilt demzufolge auch nach wie vor hier als Fortschrittsmann vom reinsten Wasser. Der Wolf läßt zwar von den Haaren, aber nicht von den Nicken.

Stargard, 5. Febr. (Starg. Ztg.) In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung constituirte sich der Schulze-Delitzsch'sche Vorschußverein. — In der gemeinschaftlichen Versammlung des Stargarder und Freienwalder öconomischen Vereins wurde unter Vorsitz des Rittergutsbesitzers Herrn v. d. Knesebeck die Verschmelzung beider Vereine beschlossen.

Kiel. Die Kieler Adresse (gegen die Scheel-Plessen'sche Adresse) hat bis jetzt 39,500 Unterschriften erhalten.

England. London. Earl Russell's ältester Sohn, der 23jährige Viscount Amberley, hat durch seine Rede für Parlaments-Reform, die er am Dienstag in Leeds hielt, Sensation gemacht. Das zahlreiche, ungefähr 2500 Personen starke Meeting bestand nicht nur aus Liberalen, — die Neugierde, den jungen Löwen des Abends zu sehen und über das Erb-Thema seines Vaters und Hauses reden zu hören, hatte auch viele Conservative angelockt. Der begeisterte Empfang, welcher dem Sohne zu Theil wurde, galt mittelbar auch dem Vater. Mit besonderer Zuversicht sprachen alle Redner von Herrn Gladstone, als dem Reformer, der nur noch von Lord Palmerston gehindert werde, eine tüchtige Maßregel einzubringen. Viscount Amberley sagte u. A.: „. . . . . Diese großartige Versammlung gehört zu den schlagendsten Widerlegungen der oft gehörten Behauptung, daß das Volk nichts nach dem Stimmrechte frage. Eine solche Gleichgiltigkeit des Volkes würde ich, wenn sie vorhanden wäre, für ein Unglück halten! Wenn es keine Sehnsucht nach dem Stimmrechte hätte, würde ich sie ihm einzuimpfen suchen! Aber dieselben Politiker, die das Volk als vollkommen gleichgiltig darstellen, behaupten zugleich, daß dieses apathische Volk, wenn es das Stimmrecht erhielte, in blinde Wuth ausbrechen und alle Staats-Einrichtungen umstoßen würde. Haben wir nicht dasselbe Raisonnement schon im Jahre 1831 gehört? Damals sagte Sir Robert Peel einmal im Hause der Gemeinen, daß, wenn die Reform-Bill durchginge, der schlimmste Despotismus in England entstehen, daß der Pöbel-Demagoge anstatt des klugen und weisen Mannes im Parlamente herrschen würde. Und Lord Lyndhurst erklärte den erschreckten Lords, daß das Unterhaus sich in eine wilde demokratische Versammlung verwandeln würde. Nun, wir kennen aus 30jähriger Erfahrung diesen schrecklichen demokratischen Despotismus! Das Unterhaus hat während dieses Zeitraums keine besondere Neigung bewiesen, das Haus der Lords oder die Staatskirche abzuschaffen oder das Eigenthum der Reichen zu confisciren und unter die Armen zu vertheilen. Ich halte es für den natürlichen Zustand eines freien Volkes, daß es im Besitze des Stimmrechtes sei. Wer es ihm vorenthält, nicht, wer es ihm verleiht, hat für seine Politik die Gründe zu suchen. Die demokratische Regierungsweise hat, wie jede andere, ihre Schwierigkeiten und Gefahren: doch kann mir wegen des Fortschritts der demokratischen Ideen nicht sonderlich bange werden. Sie werden finden, daß es nur die künstlichen, von der Gesellschaft geschaffenen Unterscheidungen sind, welche die Demokratie beseitigen will oder kann, nicht die Unterscheidungen, die aus Charakter, Talent und Bildung entspringen." — Alle Blätter beschäftigen sich mit dieser Rede. Die „Times" verhöhnt den jungen Lord; dagegen der „Daily telegraph", „Daily news" 2c. sind voll des Lobes.

— Mac Clellan ist mit dem Steamer „China" in England eingetroffen, um sich zum Zwecke militairischer Studien zwei Jahre lang in Europa aufzuhalten.

Italien. Messina, 4. Februar. Der Ausbruch des Aetna dauert noch immer fort, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Laut Berichten aus Alexandria war Abd-el-Kader daselbst am 14. Jan. angekommen und hat am 27. Jan. die Reise nach Kairo und Suez angetreten. Er hatte die Absicht, sich auf das Grundstück, welches er auf der Landenge von Suez besitzt, zu begeben.

— Die Municipaljunta hat folgende Proclamation an die Nationalgarde erlassen: „Die Municipaljunta erfüllt eine Pflicht, indem sie der Nationalgarde für die neuen feierlichen Beweise dankt, die sie in den letzten Tagen von ihrer Liebe zum Lande und von ihrer Anhänglichkeit an die nationalen Institutionen gegeben. Unsere Stadt, die stets Handlungen, die in Unordnung ausarten, mißbilligt, ist zur gewohnten Ruhe zurückgekehrt und theilt und bestätigt diesen Dank. In einer solchen Einigung von Zuneigung und von Bestrebungen ruht die beste Bürgschaft einer sicheren Zukunft für Alle. Turin, 31. Januar. Für die Junta: der Syndicus Rora 2c." — Die Nachrichten aus dem Neapolitanischen über das Banditenwesen lauten ungleich besser, als seit Jahr und Tag. Selbst in Apulien sind die Räuberbanden vernichtet. Der neapolitanische Clerus hat sich bis jetzt noch vollständig ruhig in Betreff der Encyklika gehalten.

Rußland und Polen. Von der russischen Grenze, 3. Februar. (P. L. Z.) Das Departement des Ministeriums des auswärtigen Handels in St. Petersburg hat es für angemessen erachtet, die russischen Handel- und Gewerbtreibenden zu einer kritischen Beurtheilung der von dem ständigen deutschen Handelstage aufgestellten Ansichten in Bezug auf die Erweiterung der Handelsverbindungen Preußens mit Rußland zu veranlassen und zu diesem Zwecke die Prinzipien des Abschlusses eines Zoll- und Handelsvertrages zwischen beiden Ländern in einer besonderen Denkschrift ausgesprochen. Es werden darin die Repräsentanten des russischen Handels und Gewerbes aufgefordert, die aufgestellten Erörterungen bei dem Gutachten, welches die russische Staatsregierung von

ihnen nächstens fordern dürfte, möglichst zu berücksichtigen. Am Schlusse der Denkschrift heißt es: Seit dem Abschluß des Handelsvertrages zwischen Frankreich und dem deutschen Zollverein sind die freuen wirthschaftlichen internationalen Beziehungen überall mit solcher Kraft hervorgetreten, daß es für Rußland kaum möglich sein wird, sie länger von sich zu weisen. Nach der russischen Handelsstatistik betrug die offizielle Werthangabe der Einfuhr aus Preußen nach Rußland im Jahre 1861 ca. 20 Millionen Rubel, der Ausfuhr von Rußland nach Preußen ca. 26 Millionen, so daß alle Werthe des Transits nach Preußen und Rußland und umgekehrt kaum 5 bis 6 Procent des ganzen internationalen Handels des Zollvereins ausmachen. Ein solches Verhältniß ist augenscheinlich weder dem Umfange Rußlands, noch der Bedeutung der preußischen Häfen für den Ostseehandel, noch endlich der Ausdehnung der russisch-preußischen Landesgrenze von Memel bis Kotowitz entsprechend. Eine radicale Reform des Tarifs würde eine gänzliche Umänderung der öconomischen Zustände Rußlands, eine Hebung des Volkswohlstandes bei der nothwendigen Beschränkung des Schmuggelhandels und eine Stärkung der Gewerbthätigkeit durch Beseitigung des jetzigen Schutzsystems herbeiführen. Wenn die ganze Summe des Ein- und Ausfuhrhandels Rußlands in jedem der letzten Jahre bei einer Bevölkerung von 61 Millionen auf jeden Einwohner weniger als 4 Thaler abgiebt, während im Zollverein ohne den Transithandel fast 21 Thaler auf jeden Kopf der Bevölkerung gerechnet werden könne, so ergiebt sich daraus, daß der in Rußland gegenwärtig geltende Tarif einen für den Handel höchst nachtheiligen Character hat und daß Rußland sich im Zustande einer commerziellen Isolirtheit befindet, welche die Volksinteressen im hohen Grade gefährdet.

Danzig, den 8. Februar.

* Die **Stadtverordneten-Versammlung** beschloß in ihrer gestrigen Sitzung in der **Steuerreform-Angelegenheit**:

1) Es fallen fort a) vom 1. Januar 1865 die städtische Grundsteuer, b) vom 1. April 1865 die bisherige Miethssteuer, c) der Ausgleichungs-Servis, d) das Wacht-, Müll- und Laternengeld und Speicherwächtergeld, e) in den Vorstädten die besonderen Abgaben und Beiträge für Bewachung, Abfuhr und Erleuchtung.
2) Statt dieser fortfallenden Steuern werden vom 1. April 1865 in Stadt und Vorstädten erhoben a) von den Hausbesitzern ein Zuschlag von 50 pCt. zur Staats-, Grund- und Gebäudesteuer, b) von den Miethern und Hausbesitzern eine Steuer von **2½** pCt. des Nutzungswerths der von ihnen bewohnten Räumlichkeiten, Speichern rc. (unter dem Namen Wohnungssteuer). Die bisherige Steuer-Befreiung der Wohnungen von einem Miethswerth unter 40 Rp. pro anno bleibt fortbestehen.
3) Der Magistrat übernimmt die Bewachung und Erleuchtung der Vorstädte, ebenso die Müllabfuhr, so weit es nicht schon geschehen, in eigene Verwaltung. (Näheres im Abendblatt.)

* Die hiesige Königl. Regierung sieht sich in Folge einiger in ihrem Verwaltungsbezirke vorgekommener Fälle von Trichinenkrankheit veranlaßt, vor dem Genusse rohen Schweinefleisches dringend zu warnen, indem nur durch die Siedhitze beim Kochen oder Braten die Trichinen sicher getödtet werden. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß trichinenhaltiges Schweinefleisch ebenso wie finniges, unzweifelhaft zu den verdorbenen Eßwaaren gehört, deren Feilhalten der § 345 des Strafgesetzbuches mit einer Geldstrafe bis zu 50 Rp. oder Gefängniß bis zu 6 Wochen bedroht. Die Polizeibehörden und Kreis-Medizinal-Beamten des Danziger Departements werden angewiesen, den Verkauf des Schweinefleisches angemessen zu überwachen, die Aerzte und Wundärzte aber unter Hinweis auf § 9 des Regulativs vom 8. August 1835 aufgefordert, von allen ihnen vorkommenden Erkrankungen, welche die Erscheinungen der Trichinenkrankheit darbieten, sofort der Polizeibehörde Anzeige zu machen, damit die Ansteckungs-Quelle ermittelt und fernerer Gefahr vorgebeugt werden kann.

Elbing, 5. Februar. (K. H. Z.) In einer der letzten Sitzungen unserer städtischen Schul-Deputation, der auch die Directoren der beiden höheren Lehranstalten angehören, ist auch die neue Ferienordnung discutirt und eine gutachtliche Aeußerung über dieselbe dahin beschlossen worden, daß die Zusammenlegung der Sommer- mit den Michaelisferien zwar als eine wünschenswerthe Verbesserung des bisherigen Modus anzuerkennen, der festgesetzte späte Beginn der Ferien am 15 August für unsere Provinz jedoch durchaus unzweckmäßig sei, weil dann der größte Theil der neuen Vacanz in die schlechten Herbsttage fallen würde. Man hat daher angetragen, die neuen Sommerferien gegen Ende Juli beginnen und 5½ Wochen dauern zu lassen. Das Eingehen auf den einen Theil des Regierungsvorschlages ist durch die Erfahrung aller Schulmänner und der Eltern selbst bestimmt worden, welche lehrt, daß die wenigen Wochen von Anfang August, wo nach alter Weise die Schule wieder begann, bis Ende September für den Unterricht und den Fortschritt der Schüler wenig ersprießlich waren, um so weniger, als gewöhnlich Ausdauer und Aufmerksamkeit durch die heißen Tage des Augustmonats wesentlich beeinträchtigt wurden, während wieder die Michaelis-Ferien ziemlich zwecklos und überflüssig waren, weil sie weder zur Erholung noch zur häuslichen Arbeit entsprechend verwerthet werden konnten. Die Zeit vom Beginn des August bis etwa zum ersten Drittel des September ist zumeist geeignet, sowohl für den ländlichen Aufenthalt in der Heimath, als auch zu weiteren Reisen, wie sie das Bedürfniß nach Erholung und Kräftigung der Gesundheit in vielen Fällen nöthig macht. In ähnlichem Sinne sollen sich auch die Directoren der Realschule und des Gymnasiums in ihren Berichten an das Provinzial-Schul-Collegium ausgesprochen haben; es würde nach definitiver Feststellung eines solchen Planes wahrscheinlich in beiden Anstalten der Schluß des Schuljahres vor den Beginn der großen Ferien gelegt und dasselbe dann in Trimester getheilt werden. — Die zur Gründung einer Flachsspinnerei hier zusammengetretenen Kapitalisten haben bereits einen Prospectus veröffentlicht, der dem Unternehmen weitere Betheiligung zuführen soll. Danach wird beabsichtigt, ein solches Etablissement im Wege einer Commanditgesellschaft auf Actien ins Leben zu rufen, dasselbe soll mit 3572 Spindeln arbeiten und würde incl. Betriebsfonds ein Kapital von 200,000 Rt. erfordern, welche durch Actien à 1000 Rp. beschafft werden soll. Es ist bei rationellem Betriebe den Theilnehmern mit ziemlicher Sicherheit ein sehr günstiger Ertrag in Aussicht zu stellen, da die Ermittelungen, denen nicht etwa die jetzt ausnahmsweise hohen Erträge der Flachsindustrie als Anhalt gedient hatten, aus einem sechsjährigen Durchschnitte in einer der Baumwollenkrisis vorhergegangenen Zeit ihr Material gezogen und zu einem dem Projecte sehr günstigen Resultate geführt haben. Wie man hört, soll die Hälfte des erforderlichen Kapitals bereits gezeichnet sein; sobald ⅔ gedeckt sind, wird sich die Gesellschaft in einer General-Versammlung constituiren und einem Comité die Ausführung des Werks übertragen.

Tuchel, 6. Februar. (Brb. Z.) Wenngleich auf dem Kreistage am 20. August v. J. die Herausgabe des freien Grund und Bodens für die Eisenbahnlinie Belgard-Dirschau unter der Bedingung beschlossen worden ist, daß die Bahn über Zabno und Karszyn gehe, so ist von einem weiteren Fortschreiten dieser Eisenbahnangelegenheit nichts zu hören. Dagegen kann ich berichten, daß nach einer hier eingegangenen Mittheilung die englische Eisenbahnbau-Gesellschaft sich bereit erklärt hat, den Bau einer Eisenbahn von Wangerin über Neu-Stettin, Conitz rc. nach Dirschau in Ausführung zu bringen, wenn von den bezüglichen Kreisen eine feste Zeichnung von 1½ bis 2 Millionen Thaler Actien erfolgt. Die niedrigste Summe einer Actie ist 100 Rp. und jeder der betheiligten Kreise hat mindestens 330,000 Rp. Actien zu übernehmen, wovon die 1½ bis 2 Mill. gedeckt werden sollen. Die Zeichnung verpflichtet zur sofortigen Einzahlung von 10 pCt. nach der Aufforderung dazu und zur ferneren Einzahlung von anderen 30 pCt. nach 6 Wochen. Im hiesigen Kreise sind die nöthigen Formulare für die Actienzeichnung in Umlauf gesetzt und sollen die zu ertheilenden Actien als ein Werthpapier au porteur an der Börse Cours haben. In dem Conitzer Kreise würden dem Vernehmen nach 3 Bahnhöfe und zwar bei Conitz, zwischen Paglau und Lipnica und bei Luttom und Bösensleisch kommen.

Produkten-Markt.

Stettin, 6. Februar. (Ostſ. Ztg.) **Weizen** unverändert, loco pr. 85 ℔ gelber 46—53½ Rp. bez., 83/85 ℔. gelber Febr. 52½ Rp. Br., Frühj. 54¼, ⅛, 54 Rp. bez. u. Gd., ¼ Rp. Br., Mai-Juni 55 Rp. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 56 Rp. bez., Br. u. Gd., Juli-Aug. 57 Rp. bez., Br. u. Gd. — Roggen behauptet, pr. 2000 ℔. loco 33½—34½ Rp. bez., Febr. 34½ Rp. Br., Frühj. 34¼ Rp. bez. u. Gd., ½ Rp. Br., Mai-Juni 35 Rp. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 36 Rp. Br., Juli-Aug. 37 Rp. bez. u. Br. — Gerste loco 29—30 Rp. pr. 70 ℔. — Hafer loco pr. 50 ℔. 22½—23 Rp. bez., Frühj. 47/50 ℔. 23 Rp. Gd. — Erbsen loco 40 Rp. bez., pr. Frühj. Futter- 41 Rp. Br., 40½ Rp. Gd. — Rüböl wenig verändert, loco 11⅚ Rp. Br., Febr. 11¾ Rp. Br., April-Mai 11$\frac{11}{12}$ Rp. Br., Mai-Juni 12 Rp. Br., Sept.-Oct. 11⅚ Rp. bez. u. Br. — Spiritus matt, loco ohne Faß 12$\frac{11}{12}$ Rp. bez., mit Faß 12⅞ Rp. bez., Febr. 13 Rp. Br., Frühj. 13⅜ Rp. Br., Mai-Juni 13¾ Rp. Br., Juni-Juli 14$\frac{1}{12}$ Rp. Br., Juli-Aug. 14$\frac{5}{12}$ Rp. Br., Aug.-Sept. 14¾ Rp. Br. — Angemeldet: Nichts. — Leinöl loco incl. Faß 13 Rp. Br., pr. April-Mai 12½ Rp. Br. — Leinsamen, Pernauer sehr fest, 16¼, ½ Rp. bez. u. Gd. — Russ. Seifentalg 13$\frac{5}{24}$, ¼ Rp. tr. bez. — Amerik. Schweineschmalz 6⅛ Sgr. bez.

Schiffsnachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Messina, 21. Jan.: Prince of Wales, Scroggie.

Angekommen von Danzig: In Bordeaux, 1. Febr.: Antares, Köpke; — 2. Febr: Ferdinand, Grantzon; — in London, 3. Febr.: Rosa, Domke; — 4. Febr.: Octa, Tune; — in Shields, 3. Febr.: Irene, Wiese.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Angekommene Fremde am 7. Febr. 1865.

Englisches Haus: Kaufl. v. d. Brelje a. Hamburg, Seeger a. Antwerpen, Bames a. Frankfurt a. M., Pfeil u. Glaser a. Leipzig, Metzler a. Berlin.

Hotel de Thorn: Rittergutsbes. Germersdorff a. Münsterberg. Reg.-Referendar Riewald a. Glogau. Kaufl. Collani, Breitschub u. Leistner a. Berlin, Bodenburg a. Saalfeldt, Sanderhoff a. Brandenburg a. H., Kaufmann a. Barmen.

Hotel de Berlin: Kaufl. Bräuer a. Leipzig, Stein u. Jättnig a. Berlin, Specken a. Deelken, Witte u. Ohmann a. Stettin.

Walter's Hotel: Rentier Bieber a. Marienburg. Administrator Engler a. Dalwin. Kaufl. Ullmann a. Frankfurt a. M., Ebenstein a. Düsseldorf.

Hotel zu den drei Mohren: Kaufl. v. Franken a. Mainz, Nitsche u. Werner a. Berlin, Hort a. Halberstadt.

Deutsches Haus: Maler Frisch a. Danzig. Commis Harst a. Stuhm. Oekonom Wagner a. Carthaus. Kfm. Berger a. Conitz.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.